Nr. 434. — Zweites Blatt.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag, 15. September 1896.

Verantwortlicher Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Zur Lage in Armenien

erhält die „Voss. Ztg." folgenden Bericht aus Konstantinopel vom 14. September:

Die Lage, die einige Tage hindurch eine ganz bedeutende Besserung zeigte, beginnt sich seit gestern wieder zu verschlimmern, und die Aufregung unter den niederen Volksschichten wächst von Stunde zu Stunde. Sie ist in erster Linie der gewissenlosen Wühlarbeit zuzuschreiben, die alle Handlungen der Regierung in möglichst ungünstigem Lichte darstellt, und insbesondere dem Volke vorredet, es bestehe ein Konflikt zwischen der eigentlichen Regierung und dem Palais; alle auf Beruhigung und Wiederherstellung der Ordnung abzielenden Maßnahmen der Minister werden dadurch lahm gelegt und dienen nur dazu, die Aufregung und die Gefahr neuer Unruhen zu vergrößern. Aus türkischen Kreisen vernimmt man, daß diese Wühlarbeit von den Jungtürken verrichtet werde, die auf solche Weise hoffen, der Herrschaft des verhaßten Sultans ein Ende zu machen. Auf der anderen Seite lassen auch die Armenier wieder von sich hören. Seit den letzten Ereignissen wurden eine Unmasse dieser Leute brodlos, weil Niemand den Muth besitzt, einen Armenier in seinen Diensten zu behalten; Tausende von Familien sind während der Metzeleien ihrer Ernährer beraubt worden und leben nun im tiefsten Elend dahin. In den ersten Tagen nach Wiederherstellung der Ordnung flüchteten viele Tausende von Armeniern durch Vermittelung der fremden Konsulate ins Ausland und ganze Schiffsladungen von ihnen gingen nach Rußland, Rumänien, Bulgarien und Griechenland ab. Mit Ausnahme der edlen Hellenen, für welche die Flüchtlinge einen willkommenen Zuwachs in den thessalischen Gefilden bilden, wiesen alle anderen Staaten die Flüchtlinge zurück und ließen sie wieder hierherschaffen, wo sie dann von der Polizei in Empfang genommen und in einzelnen großen Hans untergebracht wurden. Da platzte mitten in diesen Wirrwarr die Nachricht hinein, der Sultan wolle den Armeniern volle Amnestie gewähren, dagegen die Muselmanen, die an den Metzeleien theilgenommen hätten, strenge bestrafen. Diese Nachricht gewann eine gewisse Bestätigung durch eine gestern erschienene amtliche Kundmachung, von der ich Ihnen eine deutsche Uebersetzung sende. Türkischer Pöbel begab sich in die Redaktionen türkischer Zeitungen, um den Abdruck dieser Proklamation zu verhindern; Sopatschis (Knüttelmänner) zeigten sich wieder auf den Straßen mit ihren Knütteln bewaffnet und es entstand in verschiedenen Vierteln eine Panik. In der Nacht wurde dann eine gewaltige Bewegung von Truppen bemerkt; es fielen in Stambul einige Schüsse, gegen Morgen war jedoch wieder Alles ruhig. Die Polizei erklärte auf Befragen, Armenier hätten einen Anschlag auf Yildizkiosk, das Gebäude der Dette Publique in Stambul, auf den Bahnhof der orientalischen Eisenbahnen und einige andere Gebäude geplant, was ich Ihnen auch sofort mittheilte. Im Publikum war ursprünglich wenig davon bekannt geworden und erst durch die heute Morgen ganz bedeutend bemerkbare Aufregung unter der Bevölkerung, sowie durch die Mittheilungen solcher Personen, die in der Nähe der gefährdeten Gebäude wohnen, erfuhr man von den Ereignissen der Nacht, allerdings in der von der Polizei verbreiteten Fassung, daß es sich um einen Anschlag der Armenier handelte, während späterhin dann bekannt wurde, daß es Türken waren, die sich der genannten Gebäude bemächtigen wollten, und daß bereits wieder Knüttelmänner die Straßen unsicher machen. Die Lage ist demnach nichts weniger als erfreulich, und jeden Augenblick können neue Metzeleien entstehen. — Metzeleien, die dann einzig und allein der hohen Diplomatie zur Last fallen müssen, weil sie in der ganzen Zeit, wo der türkische Pöbel selbst erschrocken war über die Folgen seiner Ausschreitungen, nichts gethan hat, als die Regierung mit Noten zu bombardiren, anstatt in erster Linie für die Sicherheit ihrer Schutzbefohlenen zu sorgen. Nach allgemeiner Ansicht könnte das Europäerviertel von Pera mit ganz geringem Aufwande von Mühe vollständig vor dem Einbruche der Sopatschis geschützt werden. Es genügte hierzu, aus den Fremdenkolonien Freiwillige aufzurufen, sie mit den in den Botschaften vorhandenen Waffen zu versehen, Sammelpunkte bekannt zu geben und beim ersten verdächtigen Anzeichen diese Miliz zusammenzuberufen, damit sie unter Anführung der zahlreich vorhandenen Reserveoffiziere aller Nationen die Stadt schützte. Von alledem ist aber bis jetzt nichts geschehen. Ja es wird bekannt, daß die Botschaften bei den letzten Metzeleien geängstigten Landsleuten, selbst Damen, eine Zuflucht in den Botschaftsräumen verweigerten. Ein anderer Punkt, der den denkbar schlechtesten Eindruck macht, ist das Verhalten der Botschafter. Man sollte doch denken, daß in Zeiten allgemeiner Gefahr die Berathung der zum Schutze der Fremden zu ergreifenden Maßregeln im allgemeinen Einverständnisse erfolgen sollte. Aber davon ist keine Rede. Stolz auf die unter dem Berliner Vertrage stehende Unterschrift verhandeln die Botschafter von England, Frankreich, Rußland, Deutschland, Oesterreich und Italien untereinander, ohne die Gesandten der kleineren Mächte: Schweden, Griechenland, Rumänien, Serbien, Bulgarien u. s. w., sowie den Gesandten Amerikas auch nur von den getroffenen Vereinbarungen zu verständigen. Die Türken kennen dieses Verhältniß natürlich ganz genau und machen sich ihre Gedanken über die Einigkeit unter den Mächten. In Lagen wie die jetzige müßte einfach alles beigezogen werden, was fremde Interessen hier zu wahren hat; wollte einer der kleinen Staaten etwas gegen den Berliner Vertrag unternehmen, so könnte er ja immer niedergestimmt werden. Ich weiß aus guter Quelle, daß die bei Seite geschobenen Gesandten einen Augenblick daran dachten, Sonderberathungen abzuhalten, auf eigene Faust Beschlüsse zu fassen und diese unabhängig von den Großmächten zur Ausführung zu bringen. Nur die Rücksicht auf den schlechten Eindruck, den ein solches Vorgehen auf die Türken machen müßte, hielt sie davon ab — eine Rücksicht, welche die Großstaaten nicht zu kennen scheinen.

Deutschland.

Berlin, 15. September. Das „Dresdner Journal" meldet: der Kaiser hat an den Prinzen Georg von Sachsen nachstehendes Schreiben gerichtet:

Durchlauchtiger Fürst,
freundlich lieber Vetter!

Wenn Ich bereits Veranlassung genommen habe, Sr. Majestät dem Könige Meine vollste Anerkennung für den vortrefflichen Zustand und die musterhaften Leistungen des zwölften (königlich sächsischen) Armeekorps während der diesjährigen großen Herbstübungen auszusprechen, so gereicht es Mir doch zu freudiger Genugthuung, Ew. königl. Hoheit, als dem kommandirenden General, noch persönlich für die unermüdliche Thätigkeit zu danken, welche Sie der Ausbildung der Truppen in so hohem Maße und mit so glänzendem Ergebniß zugewendet haben. Eine besondere Freude ist es Mir gewesen, eine Meiner Truppen unter Ew. königl. Hoheit Oberbefehl haben stellen zu können. Bei dem von Neuem bewiesenen hervorragenden Führertalent Ew. königlichen Hoheit mußten die diesjährigen Uebungen im Armeeverbande für Meine Truppen ganz besonders lehrreich und nutzbringend werden. Indem Ich Ew. königl. Hoheit zu den erreichten Erfolgen herzlich beglückwünsche, bitte Ich Sie, als Ausdruck Meines warmen Dankes und Meiner Anerkennung Ihrer hohen Verdienste Mein Bild freundlichst annehmen zu wollen, mit dessen Zusendung Ich Mein Oberhofmarschallamt beauftragt habe. Ich verbleibe mit der Versicherung vollkommener Hochachtung Ew. königl. Hoheit freundwilliger Vetter

Wilhelm R.

Görlitz, 12. September 1869.

An des
Prinzen Georg Herzog zu Sachsen kgl. Hoheit.

— Ueber den Unfall, der am Sonnabend dem Sonderzuge des Kaisers zustieß, bringt das „Dresd. Journ." folgende Darstellung:

Der königliche Sonderzug sollte von Mittag 12 Uhr ab auf Bahnhof Löbau bereitstehen, so daß der um diese Zeit fällige Dresden-Görlitzer Schnellzug noch vor dem königlichen Sonderzuge nach Görlitz hätte verkehren können. Durch das zeitige Eintreffen des Kaisers in Löbau machte sich aber im letzten Augenblick noch eine Aenderung der Anordnungen nöthig. Hiernach sollte der erwähnte Schnellzug vor dem Bahnhof so lange abgesperrt werden, bis der kaiserliche Sonderzug und der Sonderzug für die Fürsten und fremdherrlichen Offiziere von Löbau nach Görlitz abgefertigt sein würde. Der Auftrag zur Absperrung des Schnellzuges war ertheilt worden; die Ausführung ist aber unterblieben. Worin der Grund dieser Unterlassung zu erblicken, bezw. warum dem dirigirenden Beamten keine entsprechende Mittheilung gemacht worden ist, wird durch die eingeleitete Untersuchung festzustellen sein. Der Unfall verursachte nicht, wie in mehreren Darstellungen behauptet wird, lebhaftes Getöse, auch Schreien des Publikums sind nicht laut geworden. Von den Anwesenden werden überhaupt nur wenige den Unfall sogleich bemerkt haben. Aufmerksam wurde man erst dadurch, daß bei der Schnellzugmaschine in Folge Abstreifens des rechtsseitigen Zylinders der Dampf plötzlich ausströmte. Die betreffende Maschine des kaiserlichen Sonderzuges hat, wie auch die Schnellzugslokomotive, nur leichten Schaden, und zwar durch Bruch der Stange erlitten. Beide Maschinen sind, wenn auch nicht dienstfähig, so doch laufffähig geblieben. Im Moment des Zusammenstoßes befand sich der König von Sachsen, nachdem er sich vom Kaiser verabschiedet hatte, bereits im Salonwagen des nach Dresden-Strehlen bestimmten Sonderzuges, während der Kaiser auf dem Ebersbacher Bahnsteige seinem Salonwagen, dem dritten hinter den Maschinen, der sich etwa 60 Meter von der Unfallstelle befand, zuschritt. Die kaiserlichen Wagen erhielten durch das Auffahren der Maschinen nicht einmal einen Stoß. Der Kaiser erfuhr erst nach seinem Einsteigen in den Wagen von dem Unfall.

— Zu den Auslassungen des „Kuryer Poznanzki" über angebliche Huldbeweise, die der Kaiser in Breslau einigen Polen zu Theil werden ließ, enthält der „Reichsb." eine Zuschrift, die im Gegensatz zu den Behauptungen des „Kuryer" u. a. ausführt:

„Während das Organ des erzbischöflichen Stuhls sich den Anschein giebt, als sei man im Lager der polnischen „Hofpartei" entzückt über angebliche Huldbeweise des Kaisers bei jenem Diner, ist in Wahrheit das Gegentheil der Fall, und zwar nicht ohne Grund. Der Kaiser hat die betreffenden polnischen Herren, darunter den famosen Herrn von Koscielski (wie wir bereits berichteten), außerordentlich kühl behandelt und mit dem Erzbischof überhaupt erst gesprochen, nachdem er sich mit dem Generalsuperintendenten D. Hesekiel etwa 8 bis 10 Minuten in huldvollster Weise unterhalten. Ebenso wenig ist in der Plazirung des Erzbischofs an der Tafel auch nur im geringsten eine Auszeichnung für denselben zu erblicken. Er hat genau den ihm nach der Hofrangordnung gebührenden Platz eingenommen, dem Kaiser jedoch nicht näher gesessen als der Generalsuperintendent D. Hesekiel trotz seines viel niedrigeren Ranges. Die dem letzteren durch Verleihung des Komthurkreuzes des königl. Hausordens von Hohenzollern widerfahrene außergewöhnliche Auszeichnung, die gleichzeitige Dekorirung mehrerer Beamten des kleinen Posener Konsistoriums, die Ertheilung von Gnadenbeweisen an die beiden dirigirenden Aerzte des Posener Diakonissenhauses und anderer Beweise des kaiserlichen Wohlwollens gegenüber der evangelischen Kirche und deutschnationalgesinnten Persönlichkeiten der Provinz ist polnischerseits sehr unliebsam empfunden worden."

— Freiherr v. Kotze soll, wie die „Staatsb.-Ztg." nach einem angeblich in Hofkreisen verbreiteten Gerücht meldet, von der Festung Glatz aus an den Kaiser das Gesuch gerichtet haben, ihn von seinem Amt als Zeremonienmeister zu entbinden. Der Kaiser habe diesem Gesuch auch entsprochen, dagegen bleibe Herr v. Kotze Kammerherr und gehöre auch ferner der Reserve der Kavallerie als Rittmeister an.

— Mit dem Plan der Erhöhung der Beamtengehälter ist auch die Frage der Aufhebung der Kommunalsteuerprivilegien der unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten, Geistlichen 2c. wieder in den Vordergrund getreten. Bisher haben sich fast sämtliche Städtetage für die Aufhebung dieser durch das Gesetz vom 11. Juli 1822, die Kabinetsordre vom 14. Mai 1832 und die Verordnung vom 23. September 1867 zugestanden Privilegien ausgesprochen, und der am 11. Juni d. J. abgehaltene siebente ostpreußische Städtetag beschloß, „den Vorstand zu beauftragen, sofort eine auf gänzliche Beseitigung des Kommunalsteuerprivilegs der Beamten gerichtete Petition an den Landtag zu richten, sobald diesem eine Vorlage wegen Aufbesserung der Beamtengehälter zugeht". Als der Entwurf zu dem Kommunalabgabengesetze vom 14. Juli 1893 in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 26. April 1893 zur Berathung stand, wurde ein vom Abg. Langerhans gestellter Antrag auf Beseitigung des Beamtenprivilegs abgelehnt und vom Abgeordnetenhause der Beschluß gefaßt, „die Staatsregierung zu ersuchen, die Vorrechte der Beamten in der kommunalen Besteuerung gleichzeitig mit der beabsichtigten weiteren Aufbesserung ihrer Gehälter zu beseitigen", und ferner beschloß am 19. Februar dieses Jahres das Abgeordnetenhaus, die bei ihm eingegangenen Petitionen, betreffend die Heranziehung der Staatsbeamten zu den Gemeindeabgaben, der Staatsregierung als Material zu überweisen. Für die volle Heranziehung der Staatsbeamten u. s. w. zu den Gemeindesteuern wird angeführt, daß, wenn der Staat die Beamten mit ihrem Diensteinkommen voll zu den Staatssteuern heranziehe, dies auch betreffs der Kommunalabgaben um so mehr geschehen müsse, als das Gesetz vom 11. Juli 1822 dem durch die neuere Gesetzgebung eingeführten Grundsatz der Gemeindeangehörigkeit der Beamten gegenüber längst hinfällig geworden sei. Es wird als eine Anomalie bezeichnet, daß man, nachdem durch die neuere Gesetzgebung den Beamten dieselben bürgerlichen Rechte wie den übrigen Bürgern eingeräumt worden sind, gleichwohl die auf der Grundlage des früheren Unterschiedes beruhenden Vorschriften über die Steuerprivilegien noch aufrecht erhalte.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 14. September. Aus Konstantinopel meldet das „Neue Wiener Tagblatt", daß dort die Finanznoth einen unbeschreiblichen Grad erreicht hat. Eine Aufforderung an die Gouverneure, Gelder einzutreiben, blieb erfolglos, was sehr mißlich ist, da die Pforte das Geld zur Auszahlung an die Soldaten und für Sicherheitsmaßregeln dringend braucht.

Frankreich.

Paris, 14. September. Nach dem „Courier du Soir" bezweifelt man in hiesigen maßgebenden Kreisen, daß das in Antwerpen entdeckte Komplott gegen den Zaren gerichtet war. Man halte die ganze Affaire für ein englisches Manöver, um den Zaren gegen seine Pariser Reise mißtrauisch zu machen. Gleichwohl sollen die hiesigen Anarchisten einer verschärften Ueberwachung unterzogen werden.

England.

London, 14. September. Wie verlautet, handelt es sich bei dem von dem verhafteten Tynan und den übrigen verhafteten Feniern angezettelten Komplot um ein anarchistisches Dynamitkomplot, von welchem das hiesige Zentralpolizeibureau schon seit einiger Zeit Kenntniß hatte. Eine Bande von amerikanischen Feniern beschäftigte sich damit, eine Reihe von in England auszuführenden Attentaten vorzubereiten, die Schrecken verbreiten sollten. Das Vorhaben wurde aber durch die Wachsamkeit und die Thätigkeit Melville's, des Chefs der geheimen Polizei, entdeckt, der die Mitglieder der Bande, welche ihr Hauptquartier in Antwerpen hatte und beträchtliche Ankäufe von Chemikalien zur Herstellung von Bomben machte, überwachen ließ. Die Mitglieder der Bande wurden gerade in dem Augenblicke verhaftet, als alles zur Ausführung des Planes reif und bereit war. Bell hatte mit den Attentaten in Schottland beginnen sollen; die Bomben sollten nach und nach von Belgien aus versandt werden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 15. September. Mit dem heutigen Tage sind die Divisionsmanöver beendet und trifft das Königs-Regiment morgen Mittwoch Abend mittelst Sonderzuges hier wieder ein, die Entlassung der Reserven erfolgt Donnerstag.

— Die Einnahme an Wechselstempelsteuer im Ober-Postdirektionsbezirk Stettin betrug im Monat August 8476,20 Mark, hierzu die Einnahme aus den Vormonaten mit 34 169,80 Mark, ergiebt zusammen 42 646 Mark oder 6585,50 Mark mehr als in demselben Zeitraum des Vorjahres.

— Ein Gebrauchsmuster ist eingetragen für die hiesige Firma Hemmersbach und Conradt auf einen Bierglasuntersatz mit herausnehmbarem Einsatz aus imprägnirtem Holzstoff.

— Gestern Abend fiel ein Lindenstraße Nr. 3 wohnender Arbeiter die zu seinem Wohnkeller führende Treppe hinunter, schlug beim Fallen mit dem rechten Vorderarm in eine Glasscheibe und zog sich eine ganz bedeutende, stark blutende Verletzung zu. Der Ober-Telegraphen-Assistent St., welcher zufällig bei dem Keller vorbei kam, leistete dem schwer Verletzten Hülfe, stillte zunächst die starke Blutung und verband die klaffende Wunde.

* In den Tagen vom 1. bis 10. Oktober einschließlich findet zu Kassel eine allgemeine deutsche Obst-Ausstellung im Anschluß an den gleichzeitig dort tagenden Kongreß deutscher Pomologen und Obstzüchter statt.

* In der Zeit vom 6. bis 12. September sind hierselbst 39 männliche und 27 weibliche, in Summa 66 Personen polizeilich als verstorben gemeldet, darunter 33 Kinder unter 5 und 13 Personen über 50 Jahren. Von den Kindern starben 13 an Durchfall und Brechdurchfall, 4 an Abzehrung, 3 an Lebensschwäche, 3 an Entzündung des Brustfells, der Luftröhre und Lungen, 2 an anderen entzündlichen Krankheiten, 2 an Krämpfen und Krampfkrankheiten, 2 an katarrhalischem Fieber und Grippe, 1 an organischer Herzkrankheit, 1 an Gehirnkrankheit, 1 an Entzündung des Unterleibs und 1 an chronischer Krankheit. Von den Erwachsenen starben 7 an organischen Herzkrankheiten, 6 an Schwindsucht, 4 an Schlagfluß, 3 an Altersschwäche, 2 an Krebskrankheiten, 2 an Entzündung des Unterleibs, 2 an andern entzündlichen Krankheiten, 2 an Gehirnkrankheiten, 1 an Masern, 1 an Unterleibstyphus, 1 an Entzündung des Brustfells, der Luftröhre und Lungen, und 1 in Folge eines Unglücksfalles.

— Als „Hausmittel" und zwar „unschädliche und oft wirksame", haben sich in England wie bei uns neuerdings u. A. Antipyrin, Antifebrin und Phenacetin eingeschlichen. Was davon zu halten ist, geht aus den Antworten hervor, welche die Britisch-medizinische Gesellschaft auf eine Umfrage bei englischen Aerzten erhielt: „wie oft beim Gebrauche der Mittel sind schädliche Folgen eingetreten?" Antipyrin ergab in 160 Fällen gefährliche Wirkungen, wie allgemeine Hinfälligkeit, plötzlicher, lebensgefährlicher Verfall, Krämpfe, Benommenheit, Herzschwäche, Nierenerkrankung, Lungenentzündung, zeitweiliger Sprachverlust, Athemnoth, Ausschlag und Tod in einem Falle von rheumatischem Fieber. Die Erscheinungen waren um so heftiger, je größer die verwandte Menge. Nach Antifebrin trat fast überall, wo der Kranke mehr als 1/3 Gramm genommen, ein so plötzlicher Verfall auf, daß in allen Fällen Lebens-

---

Mittheilungen aus dem Grundbesitz.

Der Auflassungsstempel.

Stempelfragen bilden weder für den Laien noch für den Rechtskundigen einen Gegenstand, mit dem man sich aus reinem Interesse an der Sache beschäftigen wird. Wenn wir gleichwohl im Folgenden den seit dem 1. April d. J. geltenden neuen Vorschriften über den preußischen Auflassungsstempel eine Besprechung widmen, so liegt, schreibt das „Grundeigenthum", die Veranlassung dazu in der großen praktischen Bedeutung des Gegenstandes und in den Gefahren, die eine ungenügende Kenntniß dieser in ihren Einzelheiten recht krausen und von dem bisher geltenden Rechtszustande vielfach abweichenden Bestimmungen für jeden Erwerber oder Veräußerer von Grundeigenthum nach sich ziehen kann. Das Gesetz geht von dem an sich einfachen Gedanken aus, daß die Auflassung, d. h. die im Falle freiwilliger Veräußerung unter Lebenden vor dem Richter der belegenen Sache rechtsförmlich erklärte Uebertragungshandlung, wie schon bisher, dem einprozentigen Werthstempel unterworfen ist. Bei dem hohen Betrage des Stempels ist natürlich der Wunsch außerordentlich rege gewesen, Formen zu finden, durch welche sich die Eigenthumsübertragung oder zum Mindesten deren wirthschaftlicher Erfolg ohne Auflassung vollziehen kann. Dem Verkehr war es auch im Verlaufe der Jahre gelungen, solche Formen auszubilden, wie z. B. die Abtretung des Rechtes auf Auflassung oder der Rechte aus dem Meistgebot (bei zwangsweise versteigerten Grundstücken), sowie das Einbringen des Grundstücks in eine neu begründete Gesellschaft unter Anrechnung des Werthes auf die Geschäftseinlage. Auch den Erbschaftskauf versuchte man im Sinne der Stempelersparung nutzbar zu machen, obschon die Rechtsprechung einer solchen Auslegung der gesetzlichen Vorschriften vielfach ablehnend entgegentrat. Alle diese Thüren sind nunmehr durch das neue Stempelgesetz geschlossen, so daß dem Steuerpflichtigen kein Entrinnen mehr möglich ist. Alle schriftlichen Verträge, welche auf die Uebertragung von Grundeigenthum abzielen, erfahren, soweit nicht innere Gründe eine Ausnahme rechtfertigen, die gleiche Behandlung, da die für die Stempelpflichtigkeit entscheidenden Merkmale nicht mehr, wie früher, aus formalen juristischen Begriffen, sondern aus der wirthschaftlichen Bedeutung des Geschäfts und dem von den Betheiligten mit ihm beabsichtigten Erfolge entnommen werden. Ausnahmen von dem erwähnten Grundsatz sind z. B. zugelassen für Kauf- und Tauschverträge unter Miterben zum Zwecke der Nachlaßtheilung, Gutsüberlassungsverträge zwischen Eltern und Kindern oder Großeltern und Enkeln, sowie endlich nach einem Kommissionsbeschlusse für die Abtretung der Rechte aus dem Meistgebot bei gerichtlich versteigerten Grundstücken, sofern sie dem Gericht vor Ertheilung des Zuschlags in beglaubigter Form vorgelegt wird. Es steht in der freien Wahl der Betheiligten, ob sie eine schriftliche Urkunde über das Veräußerungsgeschäft errichten wollen oder nicht; denn obschon im Gebiete des preußischen Landrechts Vereinbarungen über Grundeigenthum stets in schriftlicher Form (nach dem Entw. des Bürg. G.-B. sogar in gerichtlicher oder notarieller Beurkundung) geschlossen werden sollen, so werden doch durch die nachfolgende Auflassung alle Mängel des Geschäfts geheilt, sodaß auch alle darauf Bezug habenden blos mündlichen Verabredungen nachträglich volle Wirksamkeit erlangen. Hiernach ergeben sich zwei Arten von Auflassungen: Die Auflassung unter Vorlegung eines beurkundeten Veräußerungsvertrages und die „bloße Auflassung", der eine Vertragsurkunde nicht zu Grunde liegt. Die erstgenannte Art der Auflassung bietet hier zu weiteren Bemerkungen keinen Anlaß; die Auflassungserklärung selbst bleibt, wie schon früher, vom Stempel frei, wenn die das Veräußerungsgeschäft enthaltende in an sich stempelpflichtiger Form ausgestellte Vertragsurkunde rechtzeitig dem Gerichte vorgelegt wird. Eine Neuerung ist es dabei, daß diese Vorlegung auch noch binnen Wochen nach Zustellung der Gerichtskostenrechnung bewirkt werden kann. Die Errichtung des Stempels erfolgt in diesem Falle in der herkömmlichen Weise durch Entwerthung gestempelter Bogen oder Marken, und die Höhe des Stempelbetrages richtet sich nach dem ohne Weiteres aus dem Vertrage zu entnehmenden Werthe der bedungenen Gegenleistung. So einfach sich hiernach die Stempelfrage beim Vorhandensein eines privatschriftlichen oder notariellen Veräußerungsvertrages erledigt, um so verwickelter gestaltet sich das Verfahren nach dem neuen Gesetze, wenn die Betheiligten die Form einer bloßen Auflassung wählen. Sie setzen sich nicht nur den Unbequemlichkeiten einer weit-

von 1888 zu 1889 um 3 Prozent, 1893 zu 1894 um 1,74 Prozent. Die Zahl der freiwilligen Grundstücksverkäufe war 1883—84 10,3 Prozent aller Grundstücke; sie stieg bis 1888—89 auf 18,9 Prozent und ging dann stetig herab bis 1893—94 auf 9,1 Prozent. Die Zahl der Subhastationen, welche 1883—84 0,90 Prozent ausmachte, ging bis 1888—89 auf 0,3 Prozent herab, um seitdem dauernd zu steigen, und stellte sich 1893—94 auf 1,73 Prozent. Der durchschnittliche Werth eines freiwillig oder unfreiwillig verkauften Grundstückes betrug 1883—84 173 717 Mark, 1885—86 166 814 Mark, 1888—89 214 898 Mark, ging weiter 1890—91 bis 255 100 Mark herauf, um dann 1893—94 bis auf 229 261 Mark zu sinken. Aus den Verkaufspreisen von Grundstücken sind nach Abzug des Versicherungswerthes der Gebäude die Durchschnittswerthe für ein Grundstück (Grund und Boden) berechnet, und ergiebt sich darnach für 1 Quadratmeter als Werth im Jahr 1880 17,8 Mark, 1881 schon 34,4 Mark, 1884 58,9 Mark, 1888 70,4 Mark, 1890 93,7 Mark, 1891 100,5 Mark, seitdem ist ein Rückgang eingetreten, indem 1892 88,4 Mark, 1893 85,0 Mark, 1894 nur 77,8 Mark erzielt wurden. Was die Wohnungen selbst betrifft, so sind die im Werth von 150 Mark seit 1889, wo sie 9,5 Prozent aller ausmachten, bis 1895 auf 8,5 Prozent gesunken, die im Preise von 151 bis 300 Mark von 41,6 Prozent in derselben Zeit auf 42,55 Prozent gestiegen. Wohnungen zu 301 bis 600 Mark Miethe stiegen von 25,42 Prozent auf 25,66 Prozent; solche von 601 bis 900 und von 901 bis 1500 Mark nahmen etwas ab; Wohnungen über 1500 Mark stiegen von 0,19 Prozent auf 0,24 Prozent. Die Zahl der leerstehenden Wohnungen in den Miethen bis 150 Mark stieg von 1889 bis 1895 von 54,5 Prozent auf 114,6 Prozent, in dem Miethspreis von 151 bis 300 Mark von 17,5 auf 79,3 Prozent, im Miethspreis von 301 bis 600 Mark von 20,4 auf 52,6 Prozent u. s. w. Es ergiebt sich ein Steigen des durchschnittlichen Miethwerthes bis 1892 von 650 auf 674 Mark für eine Wohnung, dann ein geringes Herabgehen, zugleich auch eine Zunahme des Antheils der leerstehenden Wohnungen von 2,4 bis 6 Prozent.

Ueber einen Uebelstand in der Katasterverwaltung wird der „Köln. Ztg." geschrieben: Die von den Amtsgerichten verwalteten Grundbücher setzen das Vorhandensein und die Fortführung genauer Bücher und Karten über die Größen und Grenzen aller einzelnen Rechtsobjekte voraus. Diese Kartenwerke und Flächenverzeichnisse, auf die im Güterverkehr die gerichtlichen Auflassungen gegründet werden, hat nicht das Amtsgericht, sondern die staatliche Katasterverwaltung herzustellen und mit dem täglichen Besitzwechsel auf dem laufenden zu erhalten. Gegen die Katasterverwaltung richten sich Beschwerden des Publikums. Wenn es schon ein Mißstand ist, daß die meisten Katasteramtslokale für den Grundstücksverkehr nur an einzelnen Wochentagen offen sind, so bleibt es vollends unverständlich, wie bei Einführung der Grundbuchordnung nicht ein prompter Geschäftsgang für das Grundbuchvermessungswesen sichergestellt wurde. Im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen lehrt die Erfahrung, daß bei Grundstücksparzellirungen auf die älteren Vermessungswerke und deren Nachträge zurückgegriffen werden muß. Diese Dokumente allein bieten dem Vermessungsbeamten einen Anhalt zur Prüfung dar, ob er die von den Interessenten behaupteten Eigenthumsgrenzen als zu Recht bestehend annehmen und hierauf die Parzellirungsvermessung gründen kann. Durch diese Prüfung der örtlich angezeigt erhaltenen Grenzen mit den amtlichen Karten wird vermieden, daß etwaige unrichtige Grenzbehauptungen von Parzellirungsinteressenten zum Schaden eines Nachbarbesitzers oder Hypothekengläubigers durch Uebernahme der Parzellirung in die Grundbücher gesetzlich sanktionirt werden. Es ist also richtig, wenn behördlicherseits verlangt wird, daß zu allen Vermessungen authentische Kopien aus den ältern Karten zur Stelle sind. Zweckmäßig ist es aber nicht, daß die Art der Beschaffung dieser Kopien für den Grundbesitz nicht einfacher gestaltet worden ist. Zu einer Zeit, wo man in Preußen noch keine Grundbücher kannte, sind die Vermessungswerke bei den königlichen Regierungen niedergelegt worden, wo sie auf Grund veralteter Gesetze auch heute noch verwaltet werden. In den Katasterabtheilungen der Regierungen findet für den ganzen Regierungsbezirk die Massenfabrikation der Einzelpläne für Grundbuchsachen statt. Dadurch aber, daß die von den Katasterämtern geforderten Vermessungen jedesmal den zeitraubenden Mittelweg vorheriger Inanspruchnahme der Regierung bedürfen, entstehen für das Publikum neben sonstigen Mißlichkeiten die größten finanziellen Nachtheile. Zinsverluste und Störung geschäftlicher Dispositionen hat dieses stets Monate dauernde Verfahren im Gefolge. Von der weitgreifendsten Bedeutung ist der Uebelstand auch da, wo die Bebauung von Grundstücken bis zur geschehenen Vermessung und Auflassung hinausgeschoben werden muß. Nicht selten kommt es sogar vor, daß die Verzögerung der Vermessung den Abfall der einen oder andern Partei von nur mündlich vereinbarten Verkaufsprojekten verursacht. Hieraus folgt zunächst die Nothwendigkeit der Aufhebung des Katasterbetriebs bei den Bezirksregierungen und die Verlegung dieser Verwaltung an die einzelnen Katasterämter. Gleichzeitig müssen Einrichtungen geschaffen werden, daß die Katasterämtslokale für den öffentlichen Verkehr täglich zugänglich sind. Ein weiterer handgreiflicher Vortheil für das Publikum würde auch darin liegen, wenn das Dienstlokal des Katasterbeamten in die Grundbuchabtheilung des Amtsgerichts verlegt werden würde. Nachdem jahrelang die zahlreichen Einbeschwerden geschädigter Grundeigenthümer in dieser Sache ohne jeden Erfolg geblieben sind, wird es Aufgabe unserer Abgeordneten sein, bei der sich demnächst darbietenden Gelegenheit im Interesse von Handel und Gewerbe die Mißstände zur parlamentarischen Erörterung zu bringen.

gefahr bestand, in einzelnen der Tod eintrat. Aehnliches erfolgte in 7 Fällen bei Phenacetin. Ueber eine Phenacetinvergiftung mit tödtlichem Ausgange berichtet auch die „Berliner klinische Wochenschrift".

— (Personal-Veränderungen im Bereiche des 2. Armeekorps.) Serno, Oberst und Kommandeur des 6. pommerschen Infanterie-Regiments Nr. 49, unter Stellung à la suite des Regiments mit der Führung der 67. Infanterie-Brigade beauftragt. Litzmann, Oberst à la suite des Generalstabes der Armee und Direktionsmitglied der Kriegsakademie, zum Kommandeur des 6. pommerschen Infanterie-Regiments Nr. 49 ernannt. Schubert, Oberst und Chef des Generalstabes des 2. Armeekorps, zum Kommandeur des 2. badischen Feldartillerie-Regiments Nr. 30 versetzt. von Twardowski, Oberst und Kommandeur des 3. Garde-Regiments zu Fuß, unter Versetzung in den Generalstab der Armee und Verleihung des Ranges eines Brigade-Kommandeurs, zum Chef des Generalstabes des 2. Armeekorps versetzt. v. Ostrowski, Hauptm. und Kompagnie-Chef vom kolbergischen Grenadier-Regiment Graf Gneisenau (2. pomm.) Nr. 9, als Adjutant zur 19. Division kommandirt. von Wyszecki, Hauptmann à la suite des Kadettenkorps und Militärlehrer bei dem Kadettenhause in Plön, als Kompagniechef in das kolbergische Grenadier-Regiment Graf Gneisenau (2. pomm.) Nr. 9 versetzt. Beß, Oberst mit dem Range eines Brigade-Kommandeurs, à la suite des Fußartillerie-Regiments von Hindersin (pomm.) Nr. 2 und Chef des Stabes der Generalinspektion der Fußartillerie, zum General-Major befördert. Gené II., Hauptmann vom Grenadier-Regiment König Friedrich Wilhelm IV. (1. pomm.) Nr. 2, zum Kompagnie-Chef ernannt. von Redern, Sekonde-Lieutenant von demselben Regiment, zum Premier-Lieutenant, vorläufig ohne Patent, befördert. Antze, Major aggreg. dem Infanterie-Regiment Prinz Moritz von Anhalt-Dessau (5. pomm.) Nr. 42, als Bataillons-Kommandeur in das Regiment einrangirt. Kaulbach I., Sekonde-Lieutenant vom 6. pommerschen Infanterie-Regiment Nr. 49, zum Premier-Lieutenant, vorläufig ohne Patent, befördert. Freiherr von Reißwitz und Kadersin, Major vom 6. pommerschen Infanterie-Regiment Nr. 49, unter Entbindung von dem Kommando als Adjutant bei dem Generalkommando des 6. Armeekorps, als Bataillons-Kommandeur in das Infanterie-Regiment von Wittich (3. hessisches) Nr. 83 versetzt. von Oppeln-Bronikowski, Major aggreg. dem Infanterie-Regiment von Borcke (4. pomm.) Nr. 21, als Bataillons-Kommandeur in das Infanterie-Regiment Graf Dönhoff (7. ostpreußisches) Nr. 44 einrangirt. Hahn, Hauptmann und Kompagnie-Chef vom Infanterie-Regiment von Borcke (4. pomm.) Nr. 21, in das Infanterie-Regiment von Göben (2. rheinisches) Nr. 28, Wachsen, Hauptmann à la suite des Generalstabes der Armee und vom Nebenetat des großen Generalstabes, als Kompagnie-Chef in das Infanterie-Regiment von Borcke (4. pomm.) Nr. 21 — versetzt. Meyer, Hauptmann z. D., zuletzt Kompagnie-Chef im Infanterie-Regiment Nr. 137, im aktiven Heere und zwar als Hauptmann und Kompagnie-Chef mit einem Patent vom 17. Mai 1890 beim Infanterie-Regiment Nr. 140 wiederangestellt. Gifthorn, Hauptmann vom Infanterie-Regiment Graf Schwerin (3. pomm.) Nr. 14, unter Entbindung von dem Kommando als Adjutant bei der 3. Infanterie-Brigade, mit dem 1. Oktober d. Js. als Kompagnie-Chef in das Infanterie-Regiment von Bohen (5. ostpreußisches Nr. 41 versetzt. Schüler, Premier-Lieutenant vom Infanterie-Regiment von der Goltz (7. pomm.) Nr. 54 und kommandirt als Adjutant bei der Kommandantur von Königsberg i. Pr., zum Hauptmann befördert. Witte I., Sekonde-Lieutenant vom pomm. Füsilier-Regiment Nr. 34, unter Entbindung von dem Kommando als Erzieher bei dem Kadettenhause in Wahlstatt und unter Stellung à la suite des Regiments, vom 1. Oktober d. Js. als Assistent der Kompagnie-Chefs bei demselben Kadettenhause kommandirt. von Keiser, Premier-Lieutenant à la suite des Infanterie-Regiments von Borcke (4. pomm.) Nr. 21 und kommandirt als Erzieher bei dem Kadettenhause in Bensberg, unter Uebertritt zur Haupt-Kadettenanstalt, mit dem 1. Oktober d. Js. in das Kadettenkorps versetzt. Goltz, Premier-Lieutenant vom Infanterie-Regt. Markgraf Ludwig Wilhelm (3. badisches) Nr. 111 und kommandirt zur Dienstleistung bei den technischen Instituten, unter Versetzung in das 6. pommersche Infanterie-Regiment Nr. 49, vom 1. Oktober d. J. ab zur dauernden Dienstleistung bei den technischen Instituten kommandirt. Nitschmann, Sekonde-Lieutenant vom Infanterie-Regiment von Borcke (4. pommersches) Nr. 21, vom 1. Oktober d. J. ab auf ein Jahr zur Dienstleistung bei den technischen Instituten kommandirt. Knoll, Premier-Lieutenant vom 6. pommerschen Infanterie-Regiment Nr. 49, in das Infanterie-Regiment Markgraf Ludwig Wilhelm (3. badisches) Nr. 111 versetzt. Graf von Schlippenbach, Oberst à la suite des Dragoner-Regiments Frhr. von Derfflinger (neumärkisches) Nr. 3 und beauftragt mit der Führung der 2. Kavallerie-Brigade, Rosentreter, Oberst à la suite des Dragoner-Regiments von Wedel (pommersches) Nr. 11 und beauftragt mit der Führung der 36. Kavallerie-Brigade, — zu Kommandeuren der betreffenden Brigaden ernannt. v. Rosen, Major, beauftragt mit der Führung des Dragoner-Regiments Freiherr von Derfflinger (neumärkisches) Nr. 3, zum Kommandeur dieses Regiments ernannt. Freiherr von der Goltz, Rittmeister vom Kürassier-Regiment Königin (pomm.) Nr. 2 und kommandirt als Adjutant bei dem General-Kommando des 14. Armeekorps, zum überzähligen Major befördert. von der Decken, Rittmeister à la suite